



Auf dem Weg zur **Gemeinschaftsschule**



Auf dem Weg zur Gemeinschaftsschule

- I. Die Ausgangssituation**
- II. Grundlagen**
- III. Ziel**
- IV. Grundmodell / Varianten**
- V. Merkmale**
- VI. Aktueller Stand**
- VII. Voraussetzungen für die Genehmigung**
- VIII. Ressourcen**





I. Die Ausgangssituation

Defizite in der Sekundarstufe I

Im Vergleich zu allen anderen OECD-Staaten hat das Schulsystem in Deutschland

- ... die höchste Quote von Schulformwechslern und Klassenwiederholungen
- ... eine niedrige Quote von Studienberechtigungen (40 %)
- ... nur durchschnittliche Leistungen im internationalen Vergleich
- ... eine vergleichsweise hohe soziale und ethnisch geprägte Selektivität





I. Die Ausgangssituation

Warum länger gemeinsam lernen?

- Das gegliederte Schulwesen **sortiert nicht leistungsgerecht**, d.h. es entsteht nicht die erwartete Leistungshomogenität.
- Schule kann **gesellschaftliche Disparitäten** zwar nicht verhindern, sie kann diese jedoch durch längeres gemeinsames Lernen ausgleichen.
- Frühe **Schulwahlentscheidungen** sind trotz formaler Durchlässigkeit des Systems nur schwer korrigierbar.
- Lernen in so genannten „homogenen“ Gruppen ist nicht „per se“ erfolgreicher als **Lernen in heterogenen Gruppen.**



I. Die Ausgangssituation

Das Angebot steuert die Nachfrage

Eltern wählen bevorzugt die Schule am Ort

Beispiele:

- Großes gymnasiales Angebot in der Großstadt = überdurchschnittlich hohe Übergangsquote zum GY (bis zu 70 % in Bad Honnef)
- Hauptschule als einziges Angebot im Ort = überdurchschnittlich hohe Übergangsquote zur Hauptschule (bis zu 35 % in Willebadessen)

Fazit:

Die Wahl der Schulform ist vorrangig vom unterschiedlichen Angebot und nicht von unterschiedlicher Begabung abhängig.



I. Die Ausgangssituation

Welche Schule wählen Eltern?

Das Wahlverhalten der Eltern orientiert sich zunehmend an höheren Bildungsabschlüssen (Abitur)

Begründung:

- Die Anforderungen der Wirtschaft hinsichtlich der Schulausbildung von Berufseinsteigern haben sich grundlegend verändert.
- Der Erhalt /die Verbesserung des erreichten sozialen Status setzt voraus, dass Kinder einen höherwertigen Schulabschluss erreichen als ihre Eltern.

Fazit:

Das Gymnasium ist bereits heute die am stärksten nachgefragte Schulform in Deutschland



I. Die Ausgangssituation

Neugliederung des Schulwesens

Die Einführung einer Mittel- oder Sekundarstufenschule ohne gymnasiale Orientierung ist nicht zukunftsweisend.

Beispiele:

- Thüringen: Trotz Einführung der Zweigliedrigkeit (Regelschule + GY) hält der Trend zum GY an.
- NRW: Auch die Einführung der Verbundschule (HS + RS) konnte den Trend zum GY nicht stoppen.

Fazit:

Bedarfsgerecht sind weiterführende Schulen nur dann, wenn sie sich ganz oder teilweise den gymnasialen Lernanforderungen stellen.



I. Die Ausgangssituation

Wirtschaft und Schulträger

Bildungsangebote sind ein „harter“ Standortfaktor

- Qualität und Vollständigkeit der örtlichen Bildungsangebote wirken auf die Einwohner in hohem Maße identitätsstiftend.
- Das örtliche Schulangebot ist eine wichtige Grundlage für die Ausbildung von Nachwuchs und die Neuansiedlung und Expansion von Unternehmen.
- Hohe Auspendlerquoten von Schülern binden Ressourcen (Zeitaufwand, Fahrtkosten) und führen zu Kaufkraftverlusten.

Fazit:

Die weiterführende Schule am Ort ist ein bedeutsamer Bestandteil der sozialen Infrastruktur.



I. Die Ausgangssituation

Demografische Entwicklung

Die Zahl der Schüler/innen geht in den kommenden Jahren deutlich zurück.

Bis 2025 gibt es fast 20 Prozent weniger Grundschulabgänger

Bei Fortschreibung der derzeitigen Anmeldequoten heißt dies:

- In NRW ist ein Großteil der Hauptschulen von Schließung bedroht.
- Auch Realschulen müssen geschlossen werden.

Wenn die Übergangsquote zum Gymnasium weiter zunimmt, wird sich diese Entwicklung noch beschleunigen.

Fazit:

Vor allem Flächengemeinden werden bei einem Festhalten an der Dreigliedrigkeit ihren Schulstandort verlieren.



II. Grundlagen

- Rechtsgrundlage: § 25 Schulgesetz Abs. 1 und 4
- Zentrale Eckpunkte für das Modellvorhaben
Gemeinschaftsschule vom 21.9.2010
- Leitfaden „Auf dem Weg zur Gemeinschaftsschule“
in der Fassung vom 10.12.2010



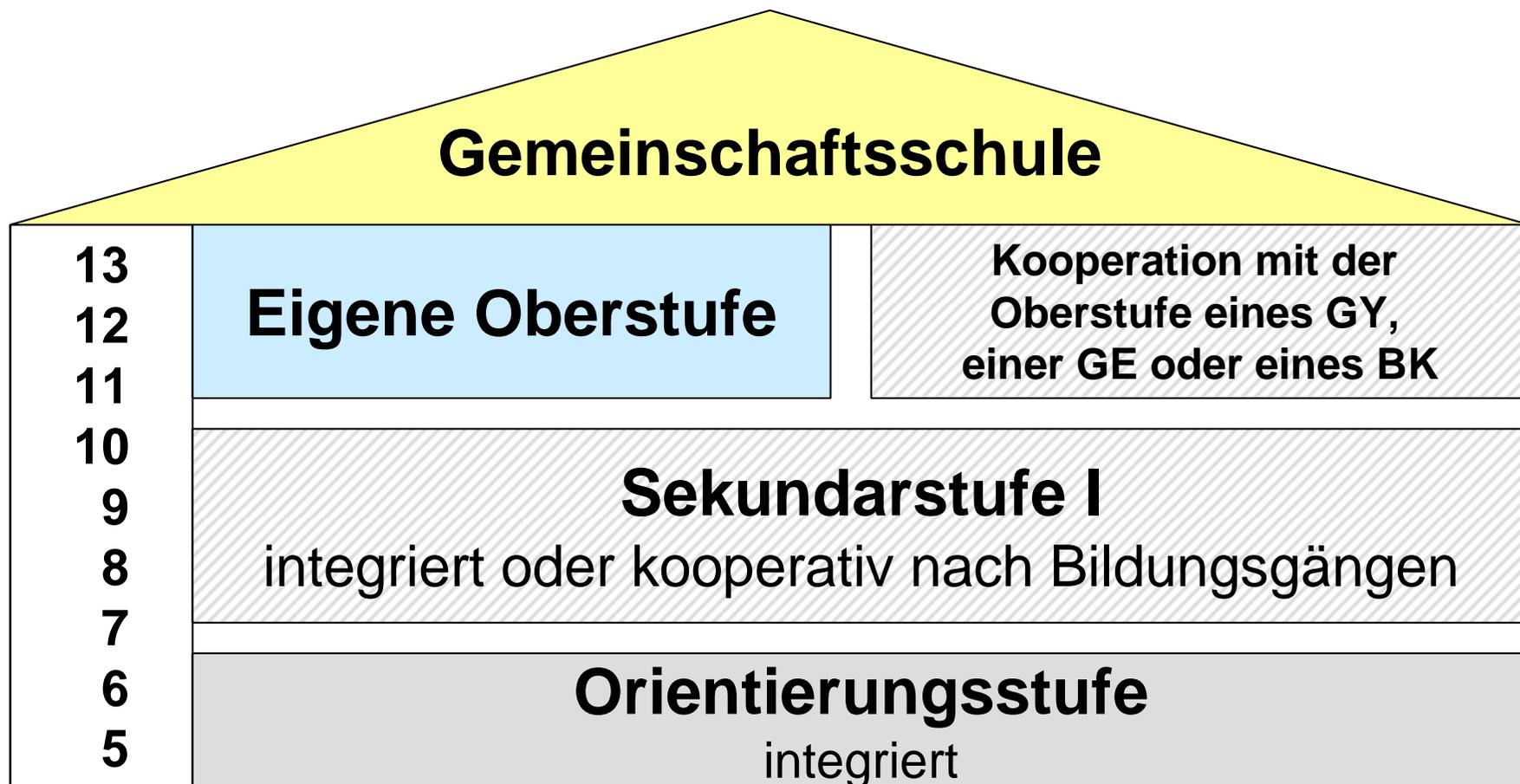
III. Ziel

Ziel des Modellvorhabens ist es, zu erproben, wie durch längeres gemeinsames Lernen in der Sekundarstufe I die **Chancengerechtigkeit und Leistungsfähigkeit des Schulwesens** erhöht werden kann und Kinder dadurch zu **besseren Abschlüssen** geführt werden können.

Außerdem soll erprobt werden, wie im Hinblick auf die demografische Entwicklung und der sich wandelnden Abschlussorientierung der Eltern weiterhin ein **wohnnahes Schulangebot** ermöglicht werden kann.



IV. Grundmodell





IV. Mögliche Varianten in der Sek. I

1		
10	HS	RS GY
9	HS	RS GY
8	HS	RS GY
7	HS	RS GY
6	Orientierung	
5	Orientierung	

3		
10	HS / RS integriert	GY
9	HS / RS integriert	GY
8	HS / RS integriert	GY
7	HS / RS integriert	GY
6	Orientierung	
5	Orientierung	

2	
10	integriert
9	integriert
8	integriert
7	integriert
6	Orientierung
5	Orientierung

4		
10	HS	RS GY
9	HS	RS GY
8	integriert	
7	integriert	
6	Orientierung	
5	Orientierung	



V. Wesentliche Merkmale

- Flexible Kooperation verschiedener Schularten bis hin zur vollständigen Zusammenführung zu einer Schulart
- Längere gemeinsame Schulzeit
- Hohe Durchlässigkeit der Bildungsgänge in einer Schule
- Integration von Kindern mit unterschiedlichem sozialen Hintergrund und unterschiedlichen Lernvoraussetzungen



VI. Aktueller Stand / 1

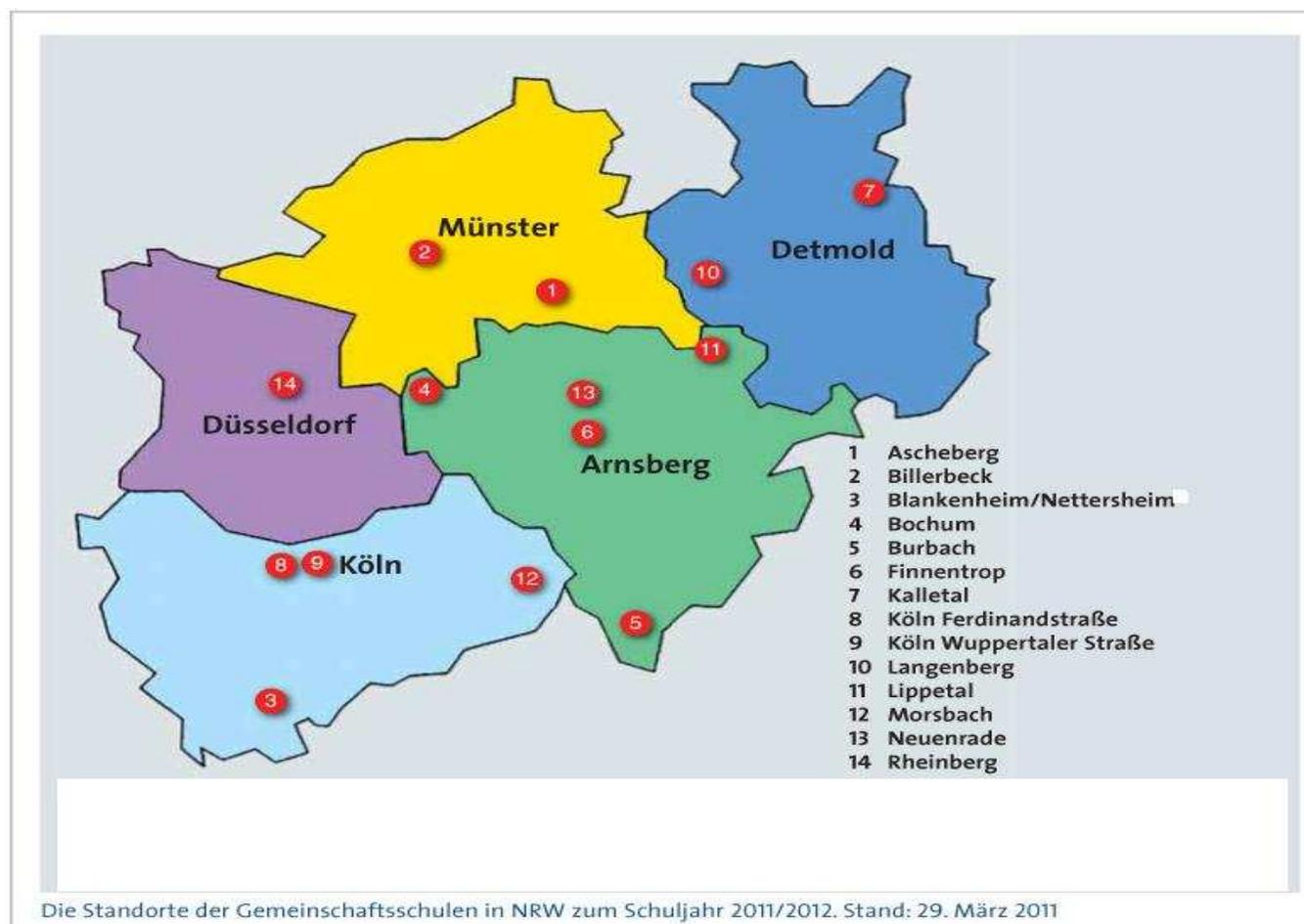
1. Phase zum Schuljahr 2011/12

- **19 Anträge von 17 Schulträgern**
- **17 genehmigte Gemeinschaftsschulen**
- **14 Gemeinschaftsschulen zum Schuljahr 2011/12**



VI. Aktueller Stand / 2

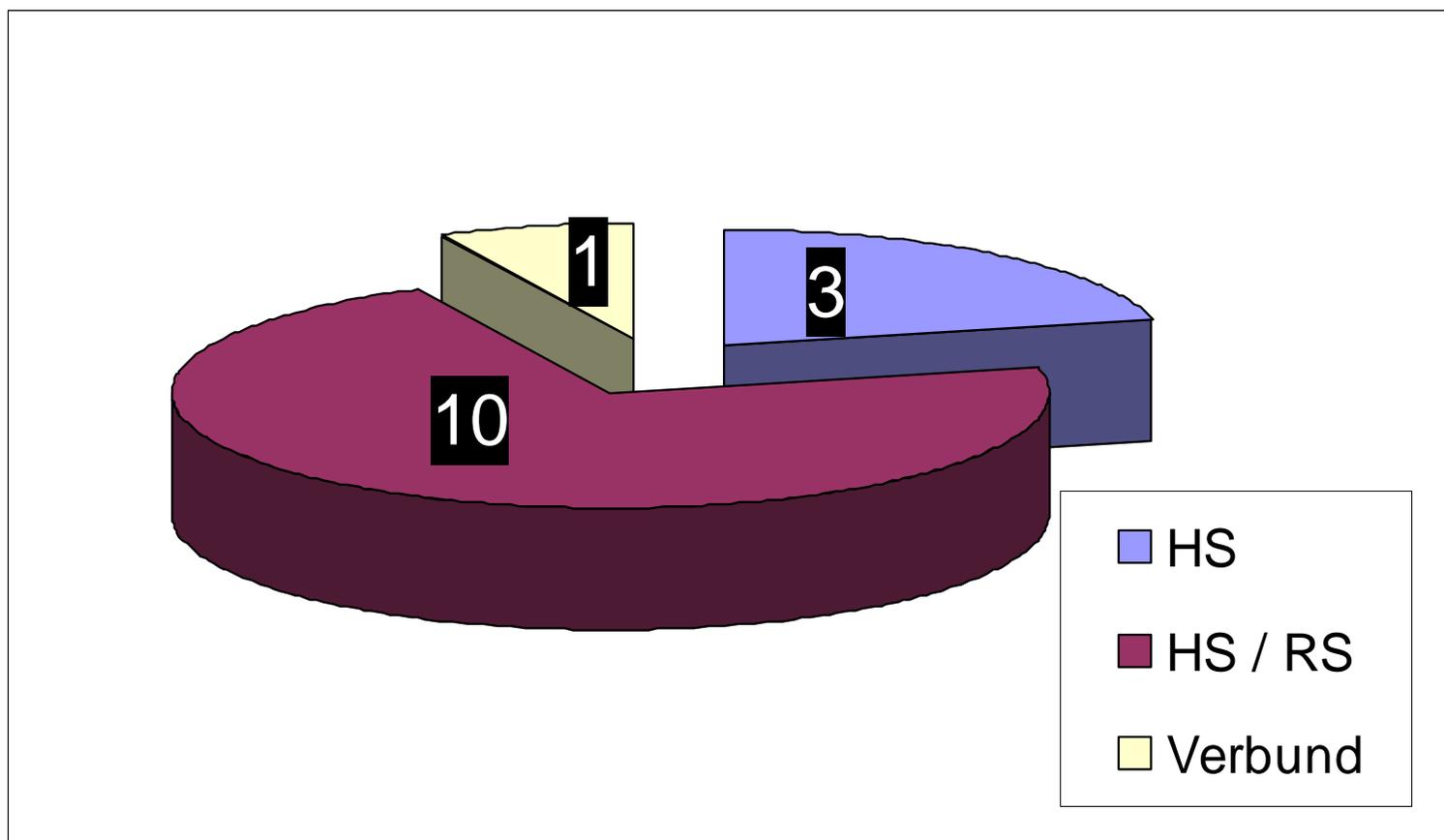
Standorte 2011/12





VI. Aktueller Stand / 3

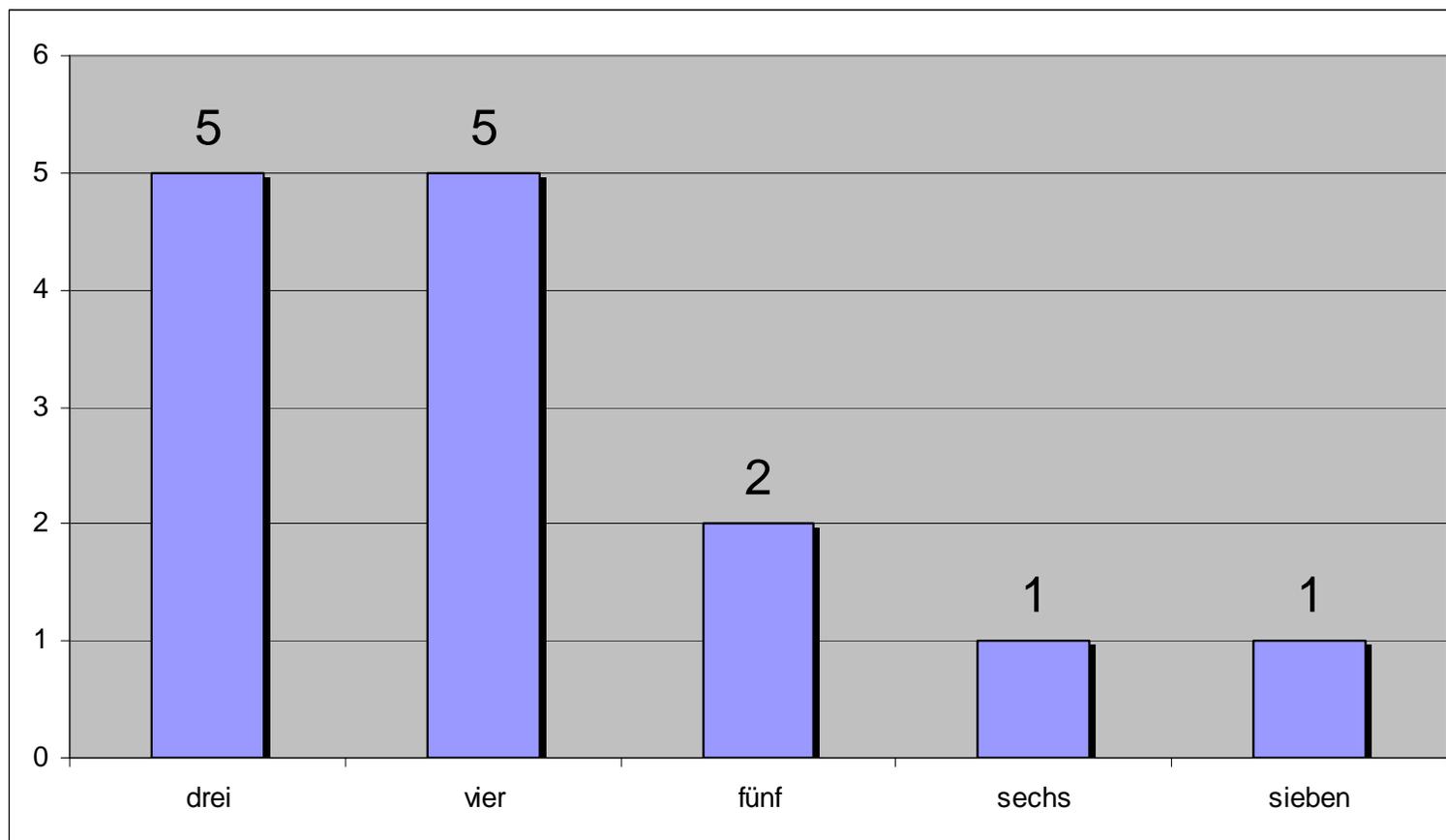
beteiligte Schulformen 2011/12





V. Aktueller Stand / 4

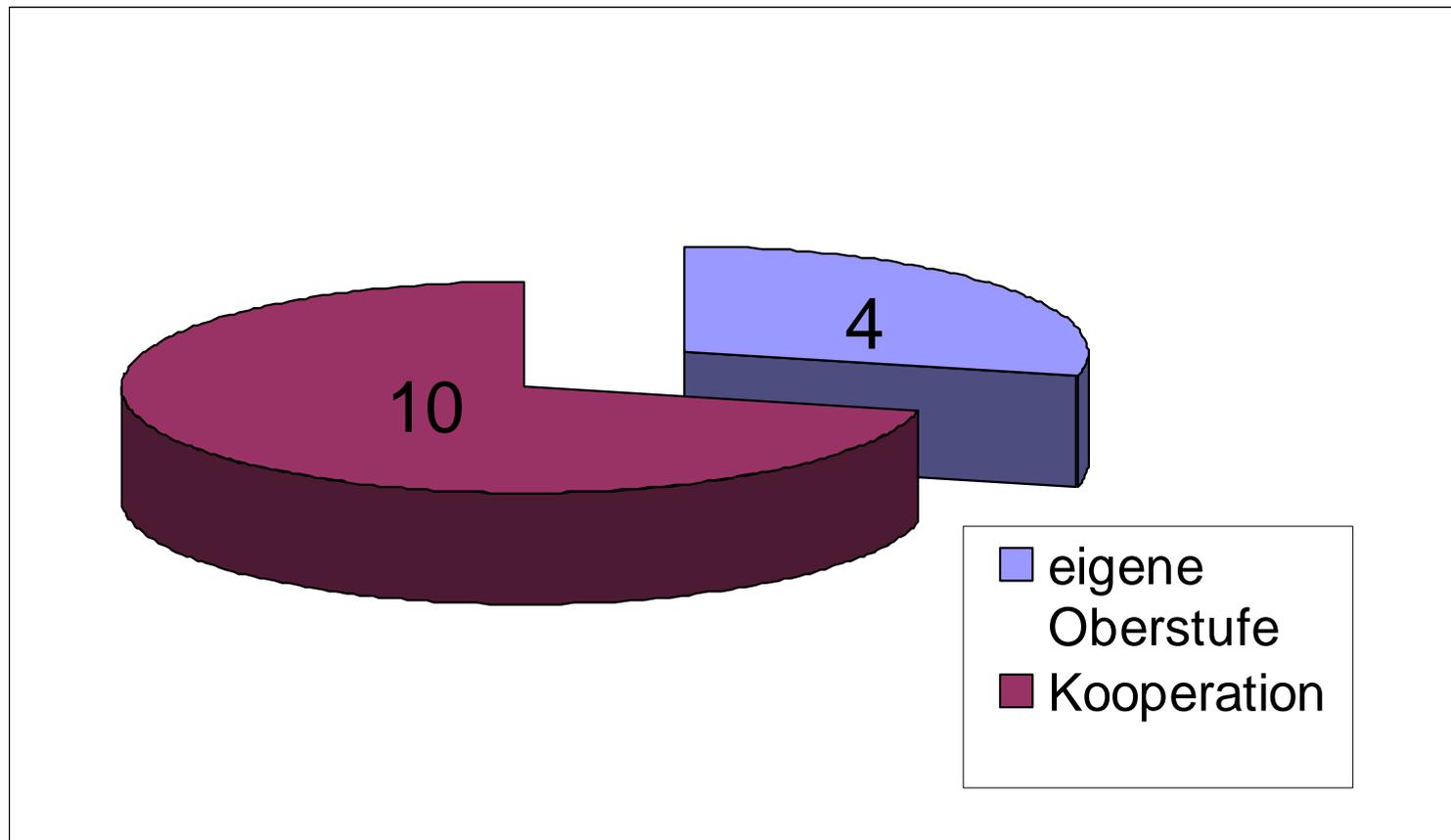
Eingangsklassen 2011/12





VI. Aktueller Stand / 5

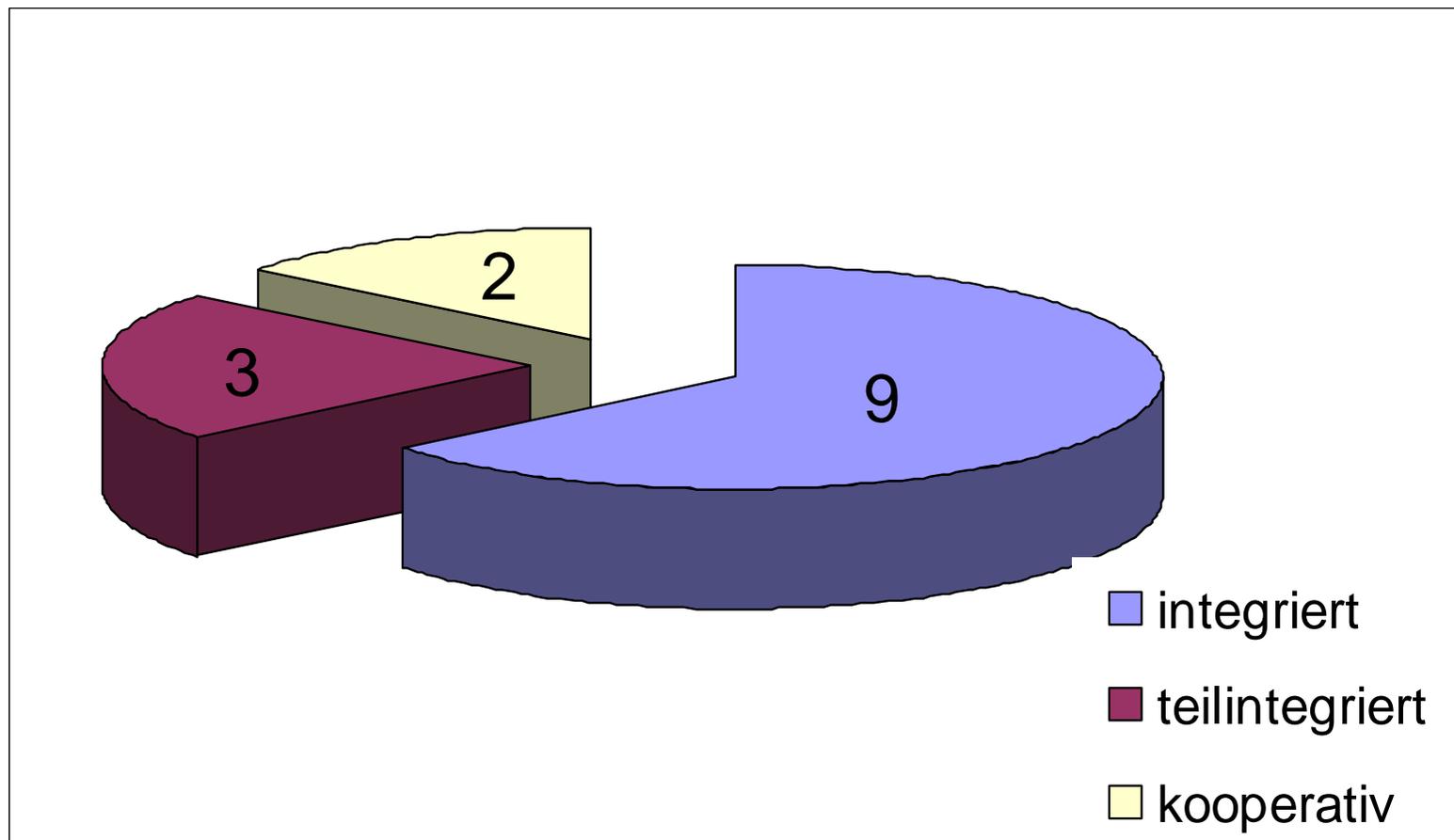
Oberstufe 2011/12





VI. Aktueller Stand / 6

Differenzierungsform 2011/12





VII. Voraussetzungen für Genehmigung / 1

- ❖ Vorlage eines detaillierten **Pädagogischen Konzepts**:
 - Integriertes Konzept
 - oder
 - Kooperatives Konzept (mindestens Vierzügigkeit)
- ❖ Nachweis einer ausreichenden Anzahl interessierter Eltern (**Elternbefragung** der Jahrgänge 3 / 4 der Grundschule/n)
- ❖ Nachweis, dass es nicht zur **Bestandgefährdung der Schule eines anderen Schulträgers** kommt (SEP-Abstimmung)
- ❖ **Votum der Schulkonferenzen** der beteiligten Schulen



VII. Voraussetzungen für Genehmigung / 2

- ❖ Nachweis der **Erreichbarkeit eines Hauptschulbildungsganges**
- ❖ Nachweis ausreichenden und geeigneten **Schulraumes** (einschl. Räumlichkeiten für **Ganztage**)
- ❖ Eigene **Oberstufe** oder **Kooperationsvereinbarung** mit Gymnasium, Gesamtschule oder Berufskolleg
- ❖ Mindestens **69 Anmeldungen** bei **Dreizügigkeit** (gesichert durch Prognose)
- ❖ Mindestens **92 Anmeldungen** bei **Vierzügigkeit**



VIII. Ressourcen / 1

- ❖ 20 % Ganztagszuschlag (wie alle Ganztagschulen)
- ❖ Klassenfrequenzhöchstwert:
25 (integrative Form)
29 (kooperative Form) orientiert an der HS
- ❖ 0,5 Stellen Versuchszuschlag pro Schule
- ❖ Stellenzuschlag von 0,5 Stunden pro Klasse für Differenzierungs- und Förderbedarfe



VIII. Ressourcen / 2

- ❖ Pflichtstundenzahl der Lehrkräfte
25,5 Lehrerwochenstunden (wie GY und GE)
- ❖ Bis zu einem Drittel Lehrkräfte
mit Sek. II-Lehrbefähigung
- ❖ Schulleitungsämter und Stellenkegel
analog zur Gesamtschule



Die Entwicklung in anderen Bundesländern

2 Grundmodelle

Modell Mittelschule

- ❖ Bündelung der Bildungsgänge
Hauptschule und Realschule
- ❖ Mittlerer Abschluss (FOR)

Modell Oberschule

- ❖ Bündelung der Bildungsgänge
Hauptschule, Realschule,
Gymnasium einschließlich
Oberstufe (ggf. in Kooperation)
- ❖ Abschluss Abitur



Die Entwicklung in anderen Bundesländern

Übersicht

Zweiggliedrige Mittelschule

Brandenburg (Oberschule)
Mecklenburg-Vorpommern
(regionale Schule)
Saarland (erweiterte Realschule)
Sachsen-Anhalt (Sekundarschule)
Sachsen (Mittelschule)
Thüringen (Regelschule)

Zweiggliedrige Oberschule

Berlin (ISS)
Bremen (Oberschule)
Hamburg (Stadtteilschule)
Niedersachsen (Oberschule)
NRW (Gemeinschaftsschule)
Rheinland-Pfalz (Realschule plus)
Schleswig-Holstein
(Gemeinschaftsschule)

Bisher keine Angebote in **Bayern, Hessen, Baden-Württemberg**